

sichtlich deren Vereinbarkeit mit dem Islam einzuräumen (S. 198). Immerhin stellt er dem Parlament einen Ausschuß von Sachverständigen zur Seite, der es über die Vereinbarkeit von Vorlagen mit dem Islam zu beraten hat (S. 199; S. 220).

Die Verfassung selbst muß, wie immer wieder hervorgehoben wird, einzig und allein Lage und Geist des Volkes entsprechen (etwa S. 186). Deshalb kommt Demokratie nicht als ein universales Schema, sondern nur in einer für Pakistan geeigneten Variante in Betracht (S. 61; S. 188: Demokratie — "but of a type that suits the genius of the people"). Damit ist konkret gemeint „controlled form of democracy“ (S. 188) —, wobei „controlled“ wohl weniger als „beherrscht“ denn als „balanciert“ oder „diszipliniert“ (S. 216) zu verstehen ist. Diese Art von Demokratie kann und darf sich in Pakistan nicht durch das Parlamentarische, sondern nur durch das Präsidialsystem erfolgreich verwirklichen (S. 85; S. 192; S. 193). Eine solche Demokratie ist von unten aufzubauen — die sogenannte Basic Democracy (S. 209 ff.). Damit ist praktisch gemeint: Die Urwähler wählen Kollegien, die ihrerseits wieder Provinzial- und Nationalversammlungen, vor allem aber den Präsidenten wählen. "Such an election system would be more easily manageable and would make for a good deal of responsibility" (S. 189; vgl. auch S. 214). Es dreht sich eben alles darum, "that Pakistan needed a strong government capable of taking decisions which might not be popular but which were necessary for the safety, integrity and, in particular, development of the country" (S. 213).

Diese „Autobiographie“, die mehr eine Regierungserklärung eines bedeutenden Staatsmannes ist, bietet eine angenehme und unterrichtende Lektüre. Der Stil ist sachlich, die Darstellung kundig. Ohne Kenntnis dieses Buches wird man Politik und Verfassung Pakistans nicht verstehen können.

Prof. Dr. Herbert Krüger

DAVID HOWARTH

The Desert King

Ibn Saud and His Arabia

McGraw-Hill Book Company, New York 1964, 307 S.; mit Literaturangaben und Index

Howarth hat für seine Biographie die Akten des Foreign Office herangezogen, soweit sie nach der 50-Jahre-Frist benutzbar waren, hat Zugang zu den Archiven der Aramco in deren Bibliothek in Dharan gehabt und ist in Arabien herumgereist, um die noch lebenden Zeugen des Aufstiegs Ibn Sauds vom exilierten Wahabitenprinzen zum Beherrscher eines erneuerten saudischen Reiches, die Wandlung des armen Wüstenfürstentums zum reichen Ölstaat sowie die Hinkehr des unter britischem Protektorat stehenden Landes zum US-Ölkapital zu befragen. Das vorliegende Ergebnis dieser Untersuchung ist das bisher beste und aufschlußreichste Werk über den großen Wahabitenherrscher, auch wenn es, wie es bei dem weitgehenden Mangel an Quellen — von der Benutzung von Archiven in Mekka oder Riadh oder der Heranziehung des offiziellen saudischen Organs Umm el Kora ist nicht die Rede — nicht anders sein kann, nicht allenthalben zu letzter Exaktheit vordringen kann. Von der Nachzeichnung des Aufstiegs Ibn Saud vom Anführer einer Gruppe entschlossener Anhänger, mit denen er 1901 die Hauptstadt Riadh wieder in seinen Besitz brachte, zum Konferenz-Partner von Churchill und Roosevelt im Jahre 1945 kann hier abgesehen werden. Von Belang aber sind die Schlußfolgerungen Howarths. Danach starb Ibn Saud 1953 als ein tief unglücklicher Mann: er hatte den Reichtum, den ihm das Öl brachte, nicht gewollt; er wußte damit nichts anzufangen; er war ihm zutiefst zuwider. Ibn Saud war ein echter König der Wüste gewesen, dessen Stärke das Paktieren oder Kämpfen mit den arabischen Stämmen gewesen war; der Umgang mit Ölmanagern lag ihm nicht; die Ausbreitung von Reichtum und Luxus bei den Prinzen seiner Familie beunruhigten ihn, stand der einfachen

wahabitisch-islamischen Tradition, der er vollkommen verhaftet war, strikt entgegen. — Man ist geneigt sich zu fragen, ob hier die Grenzen der Persönlichkeit Ibn Sauds aufscheinen oder ob seiner letzten Resignation die Erkenntnis zu Grunde lag, daß eine nutzbringende Verwendung der riesigen Ölprofite für das Wohl der Bevölkerung (ca. 6 Millionen, 3 pro qkm) der Quadratur des Zirkels gleichkommen würde: die wahabitischen Gesetze des Korans sowie die Stammestraditionen der Wüste hätten unweigerlich Schaden genommen.

Dr. Conrad Oehlrich

MARGARETE PAULUS

Das Genossenschaftswesen in Tanganyika und Uganda

Möglichkeiten und Aufgaben

Hrsg.: IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München, Berlin, Heidelberg, New York, Springer 1967. 156 S., 4 Karten (Afrika-Studien, Nr. 15)

In seinem Werk „Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens am Beispiel ostafrikanischer Stämme“ (Neuwied 1966) hat sich bereits Paul Trappe mit den genossenschaftlichen Formen in der traditionellen Lebensweise verschiedener Stämme Ostafrikas auseinandergesetzt; auch er betont, daß das moderne Genossenschaftswesen nicht „eine direkte Fortführung autochthoner Wirtschaftsformen“ bilde, sondern daß ihm neue, marktwirtschaftliche Gegebenheiten zugrunde liegen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch M. Paulus in ihrer Analyse der Genossenschaftsbewegung Tanganyikas und Ugandas.

Die Autorin beschränkt sich mit der Betrachtung Tanganyikas nur auf den festländischen Bereich des Staates Tansania, da die Genossenschaftsentwicklung auf der Insel Sansibar eigene Wege gegangen ist. Hauptanliegen der vorliegenden Studie sind, die historische Entwicklung der Genossenschaften in den beiden Ländern aufzuzeigen sowie ihre Rolle zu verdeutlichen, die sie im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung bisher gespielt haben und spielen wer-

den. In einem weiteren Hauptteil formuliert M. Paulus „Warnungen und Empfehlungen an die Träger der Genossenschaftspolitik“.

Von ihrem mehr ökonomisch geprägten Standort aus kann die Autorin darauf hinweisen, daß es zu ersten genossenschaftlichen Zusammenschlüssen in Uganda bereits 1923 und in Tanganyika 1925 gekommen ist. Im Laufe des Überganges von der traditionellen Subsistenzwirtschaft zur marktorientierten Produktion bildeten die Bauern spontan Absatzgenossenschaften für Kaffee und Baumwolle. Besonders diese Genossenschaftsform, die Absatzgenossenschaft, hat in beiden Staaten ihre Bedeutung behalten. Eine beabsichtigte Fortentwicklung von der Absatz- zur Mehrzweckgenossenschaft, wie sie nach der Unabhängigkeit in beiden Staaten propagiert wurde, ist von zahlreichen Fehlschlägen begleitet. Sei es, daß verteilte Kredite mehr zur Konsumbefriedigung als zur Produktionssteigerung verwandt wurden oder daß mit solchen Geldern fremde Arbeitskräfte angeworben wurden und die Eigentümer weniger Arbeit leisteten; sei es, daß das Ziel einer Produktionsgenossenschaft wegen unrentabler Bewässerungsprojekte nicht erreicht wurde oder daß die Bauern nicht zur Abkehr vom Rinderkapitalismus hin zur Fleischproduktion zu bewegen waren und eine Konsumgenossenschaft wegen des vorzüglich organisierten Einzelhandels durch asiatische Händler nicht aufgebaut werden konnte. Die Ursachen für viele der erwähnten Gründe sind, wie die Autorin mehrfach betont, häufig in dem unzureichend ausgebildeten Genossenschaftspersonal zu suchen; vor allem jedoch ist der Einfluß des Staates auf die Genossenschaftsbewegung für zahlreiche Mißstände verantwortlich zu machen.

Zwar sind einzelne Absatzgenossenschaften noch spontan aus dem traditionellen Stammesdenken der Selbsthilfe entstanden, nach der Unabhängigkeit wurde aber das Genossenschaftswesen staatlicherseits für die Belange der wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt. Darüber hinaus ist der Staat der Ansicht, daß die Bevölkerung mit Hilfe